

ämtlichen Berliner Parteigenossen, die irgend ein Amt in ihrem Wahlergebnis in der Wahlkommission, in der Pressekommision oder als Vertrauensleute inne haben, auf das Gründlichste geprüft worden. Als Grund für die Maßregel wurde angegeben, daß man Beweismaterial in den Händen habe, aus dem sich ein unumstößliches Vergehen gegen die §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes ergebe. Verhängung wurde als nächstes Altes: Klassenarbeit der Wahlvereine, Sammelbroschüren, Sammelblätter, Notizbücher, Briefschaften, Abrechnungstabellen der Offener Sammlungen, sowie Privatbriefe verschiedener Art.

Was Staatsanwalt und Polizei mit dieser großen Aktion bezwecken, wird ja bald ans Tageslicht kommen. Es wäre nicht das erste Mal, daß man versuchen würde, auf Grund des Vereinsgesetzes die Organisation unserer Partei zu zerstören.

Unsere Partei hat indes unter allen möglichen Verfolgungen, die man wiederholt vermittelt einer subtilen Auslegung des heutigen „Vereinsgesetzes“ gegen sie unternimmt, wie keine andere lernen müssen, sich vorsichtig mit den bestehenden Gesetzen abzufinden. Sie steht in dem Bewußtsein, daß die kommenden Dingen entgegen, daß nichts die Solidarität, das geistige Band, das die Millionen ihrer Anhänger verbindet, zu lockern vermag. Auch dieser neueste Versuch, die sozialdemokratische Partei zu schwächen, wird, was auch seine äußerliche Wirkung sein mag, unseren Feinden, und nicht uns schaden!

Tagesgeschichte.

Ueber die vierten Bataillone wird von den sogenannten „militärischen Korrespondenten“ allerlei geschrieben. Es sind dies, wie die freie Zeitung ausführt, pensionierte Offiziere, welche ihre Verbindung mit der Presse hauptsächlich dazu benutzen, fortgesetzt auf Vernehmung der Kadres, jedenfalls der höheren Offiziersstellen zu drängen, letzteres im Interesse ihrer Söhne, Nefen und Vettern. So wird auch dem Berl. Tagebl. geschrieben, es scheint schon beschlossene Sache zu sein, den vierten Bataillone eine andere Gestalt zu geben, und zwar noch vor Ablauf des Quinquennats unter Aufrechterhaltung der zweijährigen Dienstzeit. Bei allen solchen Abänderungsversuchen ist es wesentlich nur darauf abgesehen, die Zahl der Hauptmannstellen zu vermehren und dem Advancement wiederum einen besonderen Aufschwung zu geben. Die Mehrkosten werden von diesen „militärischen Kreisen“ bekanntlich als Nebenlast betrachtet.

Die brutale Verherrlichung auch der niederrächstigen Ungerechtigkeiten, wenn sie sich nur gegen Sozialdemokraten wendet, hat das Bismarckblatt, die Hamb. Nachr., wiederholt empfohlen. Diese Politik findet eine scharfe Kritik seitens der katholischen Köln. Volksztg. Sie schreibt:

Die betreffenden Säze konnten in Reichertshaus geschrieben sein, meistens amten sie den Geist der Politik des hiesigen Bismarck. In lange er der Macht war. Zu unserem Teile weisen wir die Spibarrat der Ungerechtigkeit zurück. Unrecht bleibt Unrecht gleichviel gegen wen es verübt wird; ein bedenkliches Urteil wird dadurch nicht weniger bedenklich, daß es gegen einen sozialdemokratischen Angehörigen ergangen ist.

Die Theorie der Danks Nachr. ist aber nicht nur prinzipiell verwerflich, sie ist auch im höchsten Grade unglücklich. Nichts konnte der Sozialdemokratie mehr zur Förderung gereichen, als wenn sie denjenigen, die mehr oder minder in ihrem Kampfe leben, die Unterbrechung beibringen konnte, daß den gegnerischen Parteien im Kampfe wider die Sozialdemokratie jede Sandhaube recht sei, daß in der Zeit der Sozialdemokratie die „eine reaktionäre Partei“ gegenüberstehe, welche selbst vor der Anwendung einer „Klassenpolitik“ nicht zurückschrecke.

Nun, diese Unterbrechung braucht man während der Sozialdemokratie nicht erst bezugbringen, die hat sie längst sich an der Hand der Thatsache angeeignet Gelegenheit gehabt.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Dortmund ein Vergamm verhaftet.

Wegen Kaiserbeleidigung ist der Schuhmacher Bethe in Benglin (Mecklenburg) zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Wegen Kaiserbeleidigung war Genosse Düter in Hamburg in Unterdrückung gezogen worden, doch ist das Verfahren jetzt eingestellt worden.

Auf eine neue Umfurfkampagne wollen unsere Reaktionen jetzt die Regierung mit aller Gewalt hindrängen. Schon auf dem Parteitag der schlesischen Konföderativen ist das deutlich hervorgetreten. Noch viel bezeichnender aber und zugleich lehrreich für die Vorgänge hinter den Kulissen ist eine Mitteilung, die, wie der Frankf. Ztg. berichtet wird, am Dienstag voriger Woche Freiherr v. Stumm in einer Konferenz that, die er im Verein des Glasfabrikanten Wagner aus Sulzbach mit dem Delegierten der evang. Arbeitervereine an der Saar, Harrer em. Lenze, that. Er sprach darin gegen die Richtung Kaumann und sagte:

„Alle sozialistischen Bestrebungen, wie sie nun auch heißen mögen, besonders aber die christlich-soziale Richtung eines Wagner und Kaumann, fördern geradezu nur das Werk der Sozialdemokratie; sie beschleunigen nur die Revolution dieser. Friedrich Kaumann ist der rechte Thomas Münzer.“ Das Unheil einer Revolution will ich von Deutschland abwenden. Ich reise am Freitag zu einer Reise aus, um als Gast an der Hand teilzunehmen, und werde ihn, den ich in dieser ganzen Sache eins mit mir weiß, ich darf zu machen suchen zur Anwendung rüchhaltiger Gewalt, zum Kampf auf Leben und Tod.“

Bitte, gemieren Sie sich nicht, Herr v. Stumm!
Wer den großen Kladderadatsch alias die Revolution macht, das hat uns ein Mann gesagt, den auch die grimmigsten unserer Feinde als Autorität anerkennen. Ränzlich der Altmeyer Goethe. Der Herr mit den klaren, hellen Augen, der 1792 bei Balmig die Weltwende — „die neue Epoche“ sah, erklärte zu Erdmann: „Eine große Revolution ist nie die Schuld des Volkes, sondern der Regierungen.“

Auch eine neue Aera der Denunziationen ist naturgemäß heringebrochen mit der neuen Aera der Majestätsbeleidigungsprojekte. Beides gehört zusammen, wie Tacitus schon in meisterhafter Sprache, bei der jedes Wort wie ein Beisenschub niederläßt, dargestellt hat. Kein Tag,

an dem wir nicht lesen, daß irgend jemand aus Mache, Eiferucht oder irgend einem persönlichen Motivo aus Majestätsbeleidiger den Behörden angezeigt wird. Das richtige Gefühl des Volkes hat den Denunzianten von jeher als einen Menschen niedriger Art mit Verachtung gestraft; und das Wort des Dichters:

Der größte Schmutz im ganzen Land,
Das ist und bleibt der Denunziant“
drückt das allgemeine Volkurteil aus. Jetzt scheint man das Volk zwingen zu wollen, seine Verachtung in Achtung umzuwandeln. Ein schlesischer Genosse wurde in Schwelbitz auf hoher Geldstrafe verurteilt, weil er einem Bericht über eine Denunziation wegen Majestätsbeleidigung das Wort: „Pini! angehängt hatte.“ Zur Weisung kann man niemand zwingen! heißt es in der Zuberliste. Zur Achtung eben! so wenig, am wenigsten zur Achtung eines Denunzianten. So lange unser Volk noch Ehre im Leibe und einen Funken von Rechtsinn im Herzen hat, wird es in der Denunziation eine schandvolle Handlung erblicken und den Denunzianten der Gesellschaft ehlicher Menschen für unwert halten.

Geheimtätigkeit über die Handwerkerkammern. Nachdem im vorigen Sommer die Konferenz der deutschen Handwerker der Regierung einen scharfen entlosten Wunschzettel überreicht hat, ist nunmehr dem Bundesrat ein diese Materie behandelndes Geheimtätigkeit zugegangen, den zwar nicht der Reichsanzeiger, wohl aber die Deutsche Wacht veröffentlicht. Der Entwurf unterscheidet sich nur wenig von den Forderungen der Handwerkerkonferenz. Danach ist der Zweck der Handwerkerkammern die Vertretung der Interessen des Handwerks. Es liegt ihnen insbesondere ob:

1. bei der Organisation des Handwerks mitzuwirken;
2. über den den Handwerkerkammern zu gebenden Unterhalt sich qualitativ zu äußern;
3. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der Handwerks durch thätigkeitsmäßige Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen;
4. Jahresberichte über ihre Thätigkeit und über ihre, die Verhältnisse des Handwerks betreffenden Wahrnehmungen zu erstatten;
5. Wünsche und Anträge zu beraten und den Behörden vorzulegen.

Der Entwurf bestimmt weiter, daß jeder in die Handwerkerkammern wählbar ist, der ein Handwerk ein Jahr lang selbständig betrieben hat. Die Erziehung der Handwerkerkammern erfolgt auf Grund eines durch die Landes-Zentralbehörde aufzustellenden Statuts. Vor der Eröffnung sind Vertreter der in dem Bezirk der Handwerkerkammer hauptsächlich betriebenen Handwerke, unter besonderer Berücksichtigung der Zünfte und sonstigen Vereinigungen von Handwerkern, zu hören. Das Statut regelt die Bildung der Wählerlisten, das Verfahren bei den Wahlen, das Stimmrecht der Mitglieder u.

Aus einem Junferparlament. In der Stille des mecklenburgischen Landtages, der zur Zeit in Sternberg sein beschauliches Dasein fristet, hat ein Geheimtätigkeit über Vermehrung des mittleren und kleinen Grundbesitzes auf dem platten Lande das Licht der Welt erblickt. Nach Verlesung dieses sehr umfangreichen Aktenstückes trat man in eine längere Debatte ein, wobei es sich herausstellte, daß man wohl einig über die Schaffung kleiner Grundbesitzes (Wägen- und Tagelöhnerstellen) sei, keineswegs aber über die Begründung mittlerer Grundbesitzes (Bauernstellen). Endlich beschlossen die Stände, darüber abzustimmen, ob die Vermehrung des kleinen und mittleren Grundbesitzes auf dem platten Lande und damit die Ansässigmachung einer selbständigen ländlichen Arbeiterbevölkerung in Mecklenburg ein Bedürfnis sei. Die Abstimmung ergab 74 gegen 11 Stimmen. Gerade diese Abstimmung, wonach selbständige, erntefähige Bauern nicht „gemindert“ werden, zeigt deutlich, daß die mecklenburgischen Bauern, die die Mehrheit des sogenannten Landtages bilden, durch die Verteilung von zureichendem Grundeigentum, das keine Hilfe, sondern eine Last ist, lediglich die Landarbeiter an die Scholle fesseln wollen. Die traurigen Arbeitsbedingungen und die „patriarchalische“ Behandlung auf den Gütern mecklenburgischer Adelen haben in immer größerer Menge die Landarbeiter aus der Heimat fortgetrieben, teils ins Ausland, teils in die Städte; das ist selbstverständlich für den Grundbesitzer ein Uebelstand, über dessen Abschaffung sie schon lange nachsinnen. Im Interesse der in hiesiger Abhängigkeit schmachtenden Landarbeiterschaft wäre es zu bedauern, wenn die Bemühungen der Parteien Erfolg haben sollten.

Agarierlogik. Ein Herr v. Aernmann — Salich hat eine Broschüre geschrieben für den Antrag Kanig. Darin kommt er, wie die Kreuz-Zeitung befallig mittelst, an der Hand sorgfältig zusammengestellter Zahlen zu dem Resultat, daß eine Preissteigerung des Roggens von 12 auf 16 W. eine Brotvermehrung um etwa 1/10 oder höchstens 1/8 des jetzigen Brotpreises nach sich ziehen könnte; das 5 Pfd.-Brot, das jetzt gemeinlich 45 Pf. kostet, würde etwa auf 50 Pf. steigen. Wie würde nun eine solche Preisänderung des Brotes um 1/10 oder auch um 1/8 des jetzigen Preises auf unsere Fabrikbevölkerung wirken? Aernmann-Salich giebt auf diese Frage die Antwort, daß die Arbeiter nur eine Lohnerhöhung von 6 1/2 Pf. täglich für Geheulte und 2 1/2 Pf. für Unverheiratete zu erhalten bräuchten, um die erhöhten Brotpreise zahlen zu können. Das könnten die Arbeiterstellen aber leicht bewilligen. — Weiter kann der Junkermeister die naive Unerschämtheit wohllich nicht gut treiben!

Ausland.

Schweiz. Die Schweizer Polizei gefallt sich wieder, gegen die in der Schweiz befindlichen deutschen Arbeiter den Büttel zu spielen. Der W. Arbztg. schreibt man nämlich aus Basel: „Die politische Abteilung unserer hiesigen Polizei macht sich in letzter Zeit wieder recht bemerkbar. Sie schnüffelt und schnuppert wieder überall herum, namentlich aber richtet sie ihre besonders Augenmerk auf Versammlungen, die von deutschen Arbeitern einberufen oder fast ausschließlich von diesen besucht werden. So hatten wir die politische Überwachung bei einer Versammlung deutscher Sozialisten, in der Genosse Graf-Offenberg Bericht über den Breslauer Parteitag erstattete; polizeilich überwacht war auch die Ver-

sammlung, in der Reichstagsabgeordneter Hueb-Müllhausen über die Meyerische Wobsthat referierte. Da die Polizei als solche kein Recht hat, in Versammlungen einzudringen, so dürfte es Sache des hiesigen Arbeiterbundes, beziehungsweise der sozialdemokratischen Großpartei sein, der Polizeidirektion ein Kapitel über Vereins- und Versammlungsfreiheit in der Schweiz zu lesen.“

Spanien. Nach Kuba schickt die spanische Regierung wiederum 12.000 Mann. Das ist der beste Beweis, daß die Siegesnachrichten der spanischen Regierung erfunden waren.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Genossen Frelmann und Bötte aus Langenbickau sind von Schöffengericht in Reichenbach in 10 W. Gefängnis verurteilt worden, weil sie eine unerlaubte Kollekte veranstaltet haben sollen. Diese wurde in der im Protokoll veröffentlichten Auforderung, die streifenlosen Postellanarbeiter in Altmühlau und der Angehörigen der im Offener Weirieds-Brosch Verurteilten nicht zu versehen, enthalten.

Das Schöffengericht zu Brandenburg verurteilte den Redakteur des dortigen Volksblatt Genossen Wolgast, sowie den Vertriebsfabrikanten Oskar Matzsch aus Luckenwalde wegen Beleidigung des Fabrikdirektors Joseph Landau des Fabrikinspektors Katsch und der Polizeiverwaltung in Luckenwalde in 20 W. Gefängnis, ev. 20 Tagen Gefängnis. Der Anwalt hatte je drei Monate Gefängnis beantragt. Die Beleidigung wurde gefunden in einem Artikel des genannten Blattes, in welchem der Redakteur der früher Müllerischen Tageszeitung ist Mitglied der Alltagsgesellschaft geäußert worden.

In der Preussener Volksrecht waren in einer Notiz die Genossen angefordert worden, bei einer bestimmten Jagdgesellschaft ihren Beitrag zu leisten. Der verantwortliche Redakteur Genosse Zahn erhielt wegen dieses Artikels ein Strafmandat von 100 Mark wegen „groben Unfugs“. Das Schöffengericht bestrafte dieses Mandat.

Eine Parteiverammlung, die in Hohenstein-Ernstthal stattfand, wurde verboten, weil der Referent nicht angegeben war. Dieses Verbot ist ohne Zweifel ungesetzlich, da das hiesige Vereinsgesetz nicht verlangt, den Referenten anzugeben.

Parteiangelegenheiten.

Einem schönen Wahltag haben gestern unsere Genossen in Leipzig bei den Stadtratswahlenwohlen erungen. Von 2451 Wahlberechtigten stimmten 13.827 ab, das sind 61.1 Proz. Davon entfielen auf die Sozialdemokraten 8251, auf die Antisemitischen 115 und auf den andern Ordnungsmittelmäßig, der sich den Luxus mehrfacher Spaltung erlaubt hatte, insgesamt 5138 Stimmen. Er wählt 10 Mitglieder des **Sozialdemokraten** 22 in Brandenburg. Von unseren Genossen sitzen nun ein in Stadtratsversammlungskollegium. Zu den fünf im Vorjahre gewählten: Binkow, Schöner, Adv. Ball und Nibel sind gestern sechs weitere getreten, nämlich Baumunternehmer Schöndorfer, Redakteur Genosse F. K. Kowitzer, Drechsler Lange, Schlosser Nibel und Lagerhalter Frey. Die **Sozialdemokraten** Genosse Zielonkski, der seit 5 1/2 Jahren in der Redaktion des Offenburger Volksfreundes thätig war, hat die Redaktion der hiesigen Post (Häufiger Ausgabe der Mannheimer Volkstimme) übernommen.

Am 11. Juni 1895. Die antimilitarische Tagliche Rundschau brachte in Aussicht auf die Nachricht über die geplante Antisemitisierung des Dr. Leo Arons folgende Bemerkung: „Lebigen wird hier eine Notiz der Neumärkischen Zeitung verbreitet, daß Dr. Arons der glückliche Heißer der Hammerstein Briefe sei. Allerdings eine recht würdige Rolle für einen Privatbesitzer der Berliner „Inhaltsliste“! Bauwerner der Hammerstein Briefe, daß bei dieser Gelegenheit sich nicht das Verdienst entgegen lassen wollen, einen Knüttel von dem Scheiterhaufen herbeizutragen, auf dem irgend ein Gegner verbrannt werden soll. Wir können nur wünschen, daß Dr. Arons mit den Hammerstein-Briefen nichts zu thun gehabt hat.“

Genosse van Stohl sendet uns aus Wuppale bei Weisfeld folgende Erklärung zu: „Da ich Kenntnis davon erlangt habe, daß in dem Verbandsrat Berlin, erdienternde Proschke „Ein Parabol soll unter Erde sein“ von der Berliner Volkzeitung veröffentlicht worden ist und der Verleger eine Auflage wegen „Aufreizung zum Missethats und Aufforderung zum Kampf mit gewalttätigen Mitteln“ erhalten hat, so bekenne ich mich hiezu öffentlich als Verfasser der Schrift und habe auf die in demselben enthaltenen gründe die folgende Absicht zu erwidern:

Der Gehaltungsang in meiner Broschüre unterscheidet sich in keiner Beziehung von dem im Programm der deutschen Sozialdemokratie und in den kommunistischen Manifesten enthaltenen Darlegungen. Sie führt den Nachweis der möglichen Verteilung des Reichthums durch eine Folge der durch die sozialistische Grundbesitzentfaltung entstehenden Klassenstellung. Sie weist die Arbeiter auf ihre Ohnmacht hin, die so lange dauern wird, als das kapitalistische System besteht, und erwartet von ihnen die Durchführung des Sozialismus (Seite 7). Sie charakterisiert (7-8) das kapitalistische System als die vollste Trennung des Arbeiters von der Produktionsmittel, unter dem unmittelbaren Erwerb des Reichthums von einer der Kapitalisten. Mit aller Deutlichkeit ist dadurch der Beweis geliefert, daß die Ursachen des geistlichen Elendes der Arbeiterklasse ökonomischer Natur sind und daß mithin jegliche in der Broschüre enthaltene Aufforderung an die Arbeiter, für die Befreiung aus ihrem Elend in den Kampf einzutreten, einzig und allein den Sinn haben kann, die zur Erreichung ökonomischer Vorteile und politischer Rechte anzufeuern. Wenn nicht bei jeder derartigen Aufforderung in der Broschüre darauf hingewiesen ist, daß die Durchführung dieses Befreiungskampfes in durchaus friedlicher und gewaltloser Weise beabsichtigt ist, so ist die Ursache einzig darin zu suchen, daß die Schrift der Sozialdemokratie durch eine ganze Reihe von Kongreßbeschlüssen und literarischen Meinungen so offensichtlich festgelegt ist, daß eine Unklarheit darüber nirgendwo angenommen werden sollte. Ich führe nur die letzten allgemein bekannt gewordenen Ausführungen meines Friedrich Engels an, die in seiner Arbeit den schlagenden Nachweis führt, daß jedes gewisse Vorgehen seitens des Proletariats nur zu dessen Ungunsten einschlagen könnte. Er warnt daher, sich von den herrschenden Klassen zu Gewaltthaten provozieren zu lassen. Ich muß daher die Antisemitisierung durch die genannte Broschüre eine „Aufreizung zum Missethats“ oder eine „Aufforderung zum Kampf mit gewalttätigen Mitteln“ bezeichnen zu haben, an das Gerichtliche zurückweisen und erwarte von der Gerechtigkeit deutscher Richter, daß sie die Konfiskation meiner Schrift aufheben werden. Amwille bei Lütich, 10. November 1895.“

K. van Stohl (Rienzi).“

Soziale Ueberflucht.

Zur Lage der Rechte auf dem Lande wird unserm Bruderblatte in Hamburg von einem Landarbeiter aus Schiffler eine Schilderung gegeben, die auch für die meisten andern Teile Deutschlands zutrifft. Sie lautet: Die bevorstehende Winterzeit läßt wieder einmal einen Uebelstand in Erscheinung treten, unter dem namentlich die Rechte der Bauern schwer zu leiden haben, ohne daß die Behörden es jemals versucht hätte, Abhilfe zu schaffen. Wir meinen den vollständigen Mangel an Einrichtungen, welche den Bauernentzichten ermöglichen, ohne Schaden an ihrer Gesundheit die nötige Reinlichkeitspflege zu üben. Sehr schlimm steht es in den meisten Bauernhäusern unserer Gegend,

namentlich wo zwei und mehr Rechte dienen. Die Waage denken zum Waschen und Baden die Küsse, welche allerdings auch nicht der richtige Ort ist; in den Knechten aber bleibt nichts Anderes übrig, als selbst bei der strengsten Säule den Kopf oder Pferdehals aufzuheben, um sich dort zu waschen. Ueberhaupt ist fast nie für einen Raum ge- sorgt, wo die Knechte sich in ihrer freien Zeit, nämlich am Sonntag, aufhalten können. Es bleibt ihnen nichts übrig, als sich entweder auf der kalten, zugehen Diele herumzudrücken oder in die Schenke zu gehen — nota bene, wenn sie Geld dazu haben! Das dürfte bei den meisten aber nicht zu treffen, denn der Monatslohn beträgt bei einer Arbeitszeit von 4 Uhr morgens bis 7 Uhr abends ganze 12 Mk., wovon vielfach noch die Beiträge für Krankenkasse und Alters- versicherung in Abzug kommen. Aber wunderlich sind unter diesen Umständen noch über den Tag in die Stadt?

— Die Reichskommission für Arbeiterstatistik hat schon ihrer vor einiger Zeit veröffentlichten „Erhebung über die Arbeits- und Verhältnisse der Knechte und Knechtinnen“ einen zweiten Teil folgen lassen. Dieser be- zugsich in der Einteilung die Ausführung der Erhebung, die Beschäftigung und die Art der Bearbeitung des gewonnenen Materials. Der erste, die Verhältnisse der Knechte (Ober- tellner, Knechtinnen und Knechtlerlinge betreffende Teil) behandelt in fünf Abschnitten 1) den Einfluß der gegen- wärtig üblichen täglichen Arbeitszeit auf Gesundheit, Fort- bildung und Familienleben; 2) Regelung der Arbeitszeit der Knechte und Knechtinnen; 3) Regelung der Arbeitszeit der Verheirateten unter 16 Jahren; 4) Sonntagstruhe; 5) Trinkl- geld, Strafgebühren und Stellenvermittlungswesen. Der zweite Teil erstreckt sich auf Küsse, Köchinnen, Wamiells und Koch- lehrlinge und umfasst folgende vier Abschnitte: 1) Die Dauer der täglichen Arbeitszeit und ihr Einfluß auf Gesundheit, Fortbildung und Familienleben; 2) gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, und zwar a) der Erwachsenen und b) der Jungen- lichen; 3) Sonntagstruhe; 4) Stellenvermittlungswesen. Es folgt dann ein eingehendes Gutachten des Reichsge- heimrats über den Einfluß der Beschäftigung der Knechte (Ober- tellner), Knechtinnen und Knechtlerlinge, sowie des Küsse- personals in Gasthäusern und Schankwirtschaften auf die Gesundheit. Es wurden befragt 27 Birte-Vereinigungen und 28 Knechte-Vereinigungen, deren Antworten in sehr ein- gehenden Tabellen einander gegenübergestellt sind, ferner 11 Küsse-Vereinigungen und 23 Kranken- und Hilfskassen. Die Anlagen enthalten die Fragebogen, sowie die Übersichts- protokolle der Sitzungen der Kommission zur Beratung der Trinklgederbefrage (1891) und einen Auszug aus den Proto- kollen der 22. Generalversammlung des internationalen Vereins der Gasthofbesitzer (1893). Das Ganze umfasst 112 Seiten.

Unter der Metallarbeit der Anstaltlichen Eisenfabrik gibt es ein Streik ist die Waage.

Wolfsch. schreibt uns aus Jochheim. Aus Ebersburg wird gemeldet, daß bei der weltbekannten Firma Kasper eine Revolte ausbrach. Frauen und Mädchen vertrimmerten wegen angeblich unzureichender Lohnsätze sämtliche Fabrikleistungen und vernichteten die gesamten Tabaksvorräte. Der Polizei gelang es zunächst nicht, die Ruhe wieder herzustellen; erst mit herbeigeholten Feuerwehren war dies möglich.

Ausfall der Stadtverordnetenwahlen.

Mit voller Verheißung kann die Sozialdemokratie auf den Ausfall der Stadtverordnetenwahlen von gestern blicken. Ist auch der äußere Erfolg, die Eroberung von Mandaten, hinter den Erwartungen und Hoffnungen gar manches Ge- nossen zurückgeblieben, so traten doch bei der Wahl zahlreiche Momente zu tage, die uns mit der frohen Zuversicht er- füllen, daß der Wahn gebrochen, die Scheu vor der öffent- lichen Abstammung verschunden und dadurch der Weg zu weiteren Wahlsiegen gegeben ist. Und nicht eher wird die sozialdemokratische Partei raten, als bis alle 18 Stadtver- ordnetenliste, die von der 3. Wählerklasse zu vergeben sind, von Vertretern des ziel- und klassenbewußten Proletariats besetzt sind.

Durch Extrablatt haben wir bereits gestern nachmittag das Wahlergebnis kurz mitgeteilt. Es stellt sich folgendermaßen:

1. Bezirk (Marktviertel):

Von 2167 eingetragenen Wählern stimmten 579 ab = 28,6 Proz. (gegen 27,2 Proz. bei der vorigen Wahl). Davon erhielt Gen. Streicher 218 St. = 37,7 Proz. Herr Robert 360 „ = 62,3 „ Gen. Großhe 1 „

Herr Robert ist gewählt.

2. Bezirk (Königsviertel):

Von 3143 Wählern stimmten 914 = 29,1 Proz. Davon erhielt Genosse Albrecht 379 Stimmen = 41,5 Proz. Herr Richter 312 „ = 34,0 „ Schulze 173 „ = 19,0 „ Bander 44 „ = 5,0 „

Stichwahl zwischen Albrecht und Richter erforderlich.

3. Bezirk (Glauchau Viertel):

Von 4406 Wählern stimmten 1578 ab = 35,8 Proz. Davon erhielt Genosse Krüger 959 Stimmen = 61 Proz. Herr Wölsch 619 „ = 39 „

Krüger gewählt.

4. Bezirk (Magdeburger Viertel):

Von 2992 Wählern stimmten 816 ab = 29 Prozent.

Ueberaus reichhaltige Auswahl in vorgezeichneten und fertig gestickten

Handarbeiten.

Sämtliche Artikel sind auf das Sorgfältigste herzustellen und zeichnen sich durch ganz besondere Preiswürdigkeit aus.

Davon erhielt Gen. Franke	131 Stimmen	= 15,2 Proz.
„ „ „ „ „ „ „ „	129 „	= 15,2 „
Herr Fern.	497 „	= 57,6 „
„ „ „ „ „ „ „ „	481 „	= 56,0 „
„ „ „ „ „ „ „ „	216 „	= 25,0 „
„ „ „ „ „ „ „ „	175 „	= 20,0 „

Herrn und Wölsch gewählt.

5. Bezirk (Remarktviertel).
Von 3520 Wählern stimmten 945 ab = 26,5 Prozent.
Davon erhielt Gen. Großhe 286 Stimmen = 30,3 Proz.
Dr. Hildebrandt 321 „ = 34,0 „
„ „ „ „ „ „ „ „

Stichwahl zwischen Wölsch und Hildebrandt.

Rechtes Licht bekommen die angegebenen Ziffern erst dann, wenn man sie mit dem Stimmenverhältnis vergleicht, das die Wahl vor zwei Jahren ergab.

Damals wurden abgegeben	
im 1. Bez.	536 Stimmen, davon 133 sog. 403 gegner.
„ 2. „	565 „ „ 213 „ 352 „
„ 3. „	946 „ „ 436 „ 510 „
„ 4. „	746 „ „ 88 „ 658 „
„ 5. „	779 „ „ 149 „ 630 „

3572 Stimmen 1019 sog. 2553 gegner.
Es standen also damals den 1019 sozialdemokratischen Stimmen 2553 gegnerische gegenüber. Unsere Stimmensahl machte nur 2/3, der auf die Gegner gefallen Stimmen aus. Diesmal aber sind 1973 sozialdemokratische und 2852 gegnerische Stimmen abgegeben worden; unsere Stimmen machen somit reichlich 2/3, der gegnerischen Stimmen aus. Anders ausgedrückt: Von je 35 Wählern wählten 1893 nur 10 den sozialdemokratischen Kandidaten und 25 den Gegner; diesmal aber 14 den sozialdemokratischen und 21 den Gegner. Dieser Fortschritt ist zweifellos ein ganz bedeutender.

Das wir den Glauchaer Bezirk den Gegnern entziehen haben, ist mit Freuden zu begrüßen. Und wir zweifeln nicht daran, daß unsere im 3. Bezirk wohnenden Genossen sich den Sieg nicht wieder entziehen lassen. Sie haben gestern in ruhmvoller Weise gezeigt, daß sie in der That gewillt sind, die sozialdemokratische Theorie in die Praxis zu überlegen; freilich in anderer Weise als der Staatsanwalt Cornelius in dem berüchtigten Kartisprozess vor einigen Jahren an Gerichtsstelle von ihnen behauptete. Im Glauchaer Bezirk haben unsere Stimmen um 120 Prozent zugenommen.

Auch in den anderen Bezirken ist für die Sozialdemo- kratie abgegebene Stimmzahl beträchtlich gestiegen, im 1. Bezirk um 64 Proz., im 2. um fast 80 Proz. im 4. um 67 Proz. und im 5. um 95 Proz. Gewiß kann und muß das Verhältnis für unsere Partei ein noch viel günstigeres werden; doch auf einen Sieg fehlt kein Baum. Erst der zweiten Hieb haben unsere Partei- genossen diesmal an die Wurzeln des Stadtornamentenbaumes ge- troffen, und schon ist ein dritter Spalt entstanden, den es nurmehr zu erweitern und auszunutzen gilt.

Mit welchen Klagenreden Jeremia lachten die hiesigen Blätter noch in letzter Stunde die Wähler von der Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten abzuhalten. Es hat nichts geholfen; die Arbeiter waren sich so weit sie sich an der Wahl beteiligten, ihrer Pflicht bewußt und haben sich durch die öffentliche Abstimmung nicht beirren lassen, diese Pflicht zu erfüllen. Freilich fehlte es auch nicht an einigen trüben Bildern. Da kamen Arbeitsmänner, denen das Geld aus jeder Falte ihres Kleides schaute und geben ihre Stimmen für den gewöhnlichen Kandidaten ab. Arme Verdienende! Einen fast noch traurigeren Anblick gewährte es, daß vom 2. Bezirk die Vorkämpfer, zum Teil noch im Dienst und be- packt mit ihren Ausstragelgeln, vor den Wählern traten und für ihren Vorgesetzten, Herrn Polizeidirektor Schulze, stimmten. Wenn das kein Hohn ist auf den Begriff „Wahl“, dann wissen wir nicht, was ein solcher Hohn anders aussehen könnte.

Auch einige unklare Köpfe ließen sich unter. So wählte im 1. Bezirk ein Arbeiter den Genossen Grotzke, der im 5. Bezirke aufgestellt war. Die Stimme ist natürlich zer- splittert und deshalb verloren. Hüte es sich um eine Stimme gehandelt, und das konnte unter Umständen sein, so hätte diese Unklarheit unserer Partei ein Mandat kosten können. Genosse stimmte im 5. Bezirk ein Arbeiter für den Maure- meister Grotzke; zweifellos wollte er für unseren Ge- nossen Grotzke stimmen; auch seine Stimme ging verloren. Noch andere ähnliche Fälle sind zu vergleichen gewesen.

Nun, es wird Aufgabe der fortgesetzten Aufklärungsarbeit sein müssen, für die Zukunft derartige Vorkommnisse un- möglich zu machen.

Doch abgesehen von diesen kleinen Zwischenfällen werden alle Genossen mit dem gestrigen Wahlausfall recht wohl zu- frieden sein können. Wir sprechen an dieser Stelle allen Genossen, die sich an der Wahlbeteiligung beteiligen haben und durch ihre unermüd- lichen Arbeit das schöne Ergebnis zeitlichen halfen, im Namen des Wahlkomitees unseren Dank aus. Möge jeder daran erkennen, daß ernste Arbeit auf die Dauer nie vergeblich ist. Anerkennungswürdig ist auch daß in den meisten Bezirken auch die Herren Wahlhelfer unseren Kontrollleuten und Listen- führern mit Anlauf begegnet sind. Nicht überall, aber doch in den meisten Bezirken.

Auf dem Genossen Krüger, der vorläufig allein gewählt ist, ruht eine große und schwere Aufgabe. Er wird sich ihr, das sind wir überzeugt, gewachsen zeigen. Aber die Arbeiter des Königsviertels haben es in ihrer Hand, durch die Wahl des Genossen Albrecht den Einfluß unserer Partei im Stadtverordneten-Kollegium noch merklich zu vermehren und die Arbeit zu erleichtern. Die Tausende von Genossen in

Halle erwarten von den Arbeitern des 2. Bezirks, daß sie am Stichwahltag ihre Schuldigkeit thun; sie sind das sich und der Partei schuldig.

Der Antrag ist gemacht; arbeiten wir in redlicher Einsei- tigkeit dahin, daß auch der Fortgang ein gedeihlicher ist bis zur Erreichung des Zieles: die 18 Siege der 3. Abteilung für uns zu erobern.

Konkales und Provinzielles.

Seite 4. S., 26. November.

* Für die Stichwahlen im 2. und 5. Bezirk ist noch kein Termin anberaumt worden. Doch werden die Ende dieser oder Anfang nächster Woche stattfinden. Es ist also keine Zeit zu verlieren, sich über die Vorbereitungen zu vertieren.

Achtung, Wähler! Selbstverständlich dürfen sich an der Stichwahl nicht alle Wähler beteiligen, die sich gestern an der Wahl nicht beteiligt haben.

* **Wahlhaltung** wird bei der Stichwahl im 5. Bezirk zu überlegen sein, wo sich die Herren Mauremeister Hildebrandt und Richter Wölsch zu messen haben. Der Wunsch, daß Herr Hildebrandt endlich aus dem Stadtornamentenkollodium entfernt wird, ist zwar ein sehr berechtigter, aber die Stichwahl würde sich selbst ins Gewicht schlagen, wenn sie bei der Stichwahl für Herrn Wölsch eintreten wollte.

Aus dem Bureau des Stadtschreibers. Die heutige Laufbahn des 3. Wählers, die Wähler, ruhet nicht, wie am dem Theaterviertel irrtümlich vermutet ist, um 10.30. sondern gegen 11 Uhr. Morgen, Mittwoch, wird wieder E. Gumpert's bindende Wägenverleiher „Hänel und Grete“ und dazu „Vorelei“. Opera- fragebogen von F. Mendelssohn Bartholdy gegeben. Donnerstags ist das mit so großer Spannung erwartete erste Kabinett von Frau Maria Beiger, die Wähler, in Anwesenheit von Koverna. Die Bilder der genialen Künstler sind in dem Materialien-Geschäft von Hothorn, Weißstraße, ausgeflickt.

Vordank. Sie hat sich ein Biegelager gebildet, der den Anleitersland der von den Vordankern selbstbrüder- lichen Biegelwagen bewahrt. Die Dauer der Gesellschaft wurde zunächst auf 5 Jahre, bis 31. Dezember 1900, bemessen. Das Stammkapital beträgt 28800 Mk. Auf diese Weise werden die Baudarstellungen am bequemsten durchgeführt.

Politik. Konstatieren wurden Montag früh durch die Stimmal- polizei die Nummern 138 der Thüringer Tribüne (Landauhaus), 288 (Stadtaulage), Nr. 157 des Nordh. Volksblattes und Nr. 138 der Freien Presse. Die Ursache der infolge Gerichtsbeschlusses erfolgten Beschlagnahme ist nicht bekannt. — Die in voriger Woche beschlagnahmte Nummer soll eine Frauenvereins-Berichtungs- ent- halten.

* **Keine Provinzial-Chronik.** In Schönermünster brannte ein dem Ausbesserer Schulte gehöriger Getreideboden vollständig nieder. Schwere Brandwunden erlitt in Gleina bei Jereburg ein Herr Franke, sein hiesiger Bekannter, der sich in der Stadt- halle auf und die Frau schützte. Die Ursache der Verletzung ist ein nicht geringes Unfälle, die glühende Waage ergab sich über die Frau. — In Wernigerode ist der Marktbesitzer aus Hesse- vertheilt und von dem Grundstück in einer Lehngarbe geteilt worden. — Lebensgefährlich verriet die der Verarbeiter Weizenmehlens aus S. a. s. für, als kein Schloß einen ein Schuß nachträglich entzünd, als es nachher nachsehen sollte. — In Wernigerode kam an den Schaufabrikanten Scherf jun. ein Gelde- brief an, der 2900 Mk. enthalten sollte, aber nur 1000 Schillingen enthielt. In Erfurt hat ein Fleischermeister an seiner eignen zweijährigen Tochter verheiratete Handlungen vorgenommen, so daß das arme Kind erkrankt ist. Dann ist der Kämpfer für Sittlichkeit und Ordnung mit seiner Schwägerin durchgebrannt. Ein Dammmitglied der linken Hand wurde dem Bergmann Dombrowski auf Grube Zulte bei Breiten in der Reite am Förderbetrieb verunglückt. Er der Grube erkrankt bei S. a. s. a. b. d. 18. Jah- rige Schiffe, die als er in einem kleinen Boot nach seinem Schiffe schiffen wollte. — In Göttingen wird die Verkaufslinie des Reichs- aus Großbrenner eine brennende Petroleumlampe um, ihre Kleider gerieten in Brand, und sie erlitt schwere Wunden. — In Schöne- berg brach in der Bleiwärtsfabrik Wessberg Feuer aus, doch ist der angelegte Schaden nicht allzu bedeutend.

Aus dem Bezirk.

Berlin. Der wegen Kaiserlicheleibung zu 2 1/2 Monaten Gefängnis verurteilte frühere Redakteur des „Sozialist“, Hagen- berg, hat sich in der hiesigen Haftanstalt verheiratet. — Eine vom Antisemitismus-Vödel einberufene Versammlung, in der er über „Lügen und Wahrheiten der Sozialdemokratie“ sprechen wollte, wurde von der Polizei verboten. Das ist aber nicht die Wahrheit, wie die Polizei behauptet. Die Wahrheit ist, daß die Versammlung nicht stattfand, weil die Polizei die Wahrheit des Antisemitismus nicht er- schließt. Wahrheit und Antisemitismus haben mit einander nichts gemein.

Samburg. Ein hiesiger Lehrer hat sich vor dem Disziplinär- gerichtshof zu verantworten, da er beschuldigt wird, einen Kon- fessionsunterschied in seinen Klassen zu machen. — Ein Mann, der sich freiwillig angeheiratet hat, hat sich in der hiesigen Haftanstalt verheiratet. — Ein Mann, der sich freiwillig angeheiratet hat, hat sich in der hiesigen Haftanstalt verheiratet. — Ein Mann, der sich freiwillig angeheiratet hat, hat sich in der hiesigen Haftanstalt verheiratet.

Hensburg. Es wird immer schärfer. Als großer Unflug ist vor der Strafkammer in Hensburg der Gebrauch des Wortes „Sünderland“ für das frühere Herzogtum Schleswig erachtet und dem dementsprechend die Redakteure der Zeitung Heimlich in Hensburg verurteilt worden.

Sol. In dem nahe gelegenen Ort Woldendorf brachen Sonntags nachmittag zwei Knaben im Alter von 7 und 8 Jahren einen Schießstand auf, der von einem Mann besetzt war. Die Knaben schossen auf einen Mann, der sich in der Nähe befand, und töteten ihn.

Wilmshausen a. Rh. In Strahlenwerth wurde gestern das Urteil gefällt: 2 Angeklagte erhielten 2 resp. 3 Monate Gefängnis, 3 je 1, 2 und 3 Wochen Gefängnis, 2 je 1 Woche Haft, 3 3-5 Tage Haft 3 einen Verweis und 15 wurden freigesprochen. Das ist der ganze Segen der Aktion, die zu einer Staatsanwaltschaft angefaßt worden ist.

Geschäftsraum

J. LEWIS,

Halle a. S. (Ratskeller-Neubau.)

Der reichillustrierte Spezial-Katalog für Tapissierwaren auf Wunsch gratis und franko zugesandt.

